

Inhaltsübersicht

Einführung in die Sachproblematik	19
§ 1 Einleitung und Problemstellung	19
§ 2 Der Gang der Untersuchung	31
§ 3 Bewirtschaftung	37
§ 4 Bewirtschaftung im Wasserrecht - Grundsätzliches	73
Erster Teil: Bewirtschaftung in der wasserrechtlichen Planung	87
§ 5 Die Planungssystematik im Wasserrecht	87
§ 6 Bewirtschaftung mittels des Wasserrahmenplans, des Abwasser- beseitigungsplans und des Bewirtschaftungsplans	106
§ 7 Zwischenergebnis Teil 1	127
Zweiter Teil: Bewirtschaftung in der wasserrechtlichen Einzelfall- entscheidung	129
§ 8 Bewirtschaftung in der wasserrechtlichen Einzelfallentscheidung im Verlauf der Wassergesetzgebungen	130
§ 9 Das bewirtschaftungsspezifische Einzelfallinstrumentarium der Wasserbehörde bei der Genehmigungserteilung zur Gewässer- benutzung gemäß §§ 2 ff. WHG	145
§ 10 Das Verhältnis Wasserbehörde-Betreiber nach der Genehmi- gungserteilung - die Revisionsmöglichkeiten	172
§ 11 Zwischenergebnis Teil 2	195

Dritter Teil: Die wasserrechtliche Bewirtschaftungserlaubnis - ein dogmatisch eigenständiger Ansatz zwischen Kontrollerlaubnis und Ausnahmebewilligung	199
§ 12 Das Verbot mit Erlaubnisvorbehalt: Kontrollerlaubnis und Ausnahmebewilligung	199
§ 13 Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der umweltverwaltungsrechtlichen Einzelfallentscheidung und ein Blick auf neueste EG-Entwicklungen	220
§ 14 Die wasserrechtliche Bewirtschaftungserlaubnis - ein dogmatisch eigenständiger Ansatz	240
§ 15 Zwischenergebnis Teil 3	268
Schluß	275
§ 16 Zusammenfassung in Thesen	275
Literaturverzeichnis	283

Inhaltsverzeichnis

Einführung in die Sachproblematik	19
§ 1 Einleitung und Problemstellung	19
§ 2 Der Gang der Untersuchung	31
§ 3 Bewirtschaftung	37
I Der Bewirtschaftungsansatz im Umweltrecht	38
1 Bewirtschaftungsrecht versus Begrenzungsrecht	38
2. Bewirtschaftung: Vorkommen in Umweltrechtsprinzipien und -gesetzen; Vorsorge im Wasserrecht	43
3. Umweltschutzrechtliche Definitionen von Bewirtschaftung	54
4 Versuch einer Strukturierung von Gewässerbewirtschaftung - der Bewirtschaftungsgrad	55
II Bewirtschaftung im Sinne des Wirtschaftsrechts	58
III Bewirtschaftung im umweltrechtlichen Sinne - das Sozialkostenrecht des Wirtschaftsrechts	61
1 Sozialkostenwirtschaft, freie (Umwelt)Güter und öffentliche Güter	61
2. Regelungsmodelle der Sozialkostenwirtschaft beziehungsweise der umweltrechtlichen Bewirtschaftung	66
IV Zusammenfassung	72
§ 4 Bewirtschaftung im Wasserrecht - Grundsätzliches	73
I. Bewirtschaftung im Wasserrecht	74
II. Gewässer im Sinne der §§ 1, 1a Abs. 1 WHG	78
III. Tatsächliche Reichweite der wasserrechtlichen Genehmigung gemäß §§ 2, 3 WHG	79
1. Erlaubnispflichtige Benutzungen	80
2. Erlaubnisfreie Benutzungen	82
IV. Bewirtschaftung der Gewässer - Gefahrenabwehr im Wasserrecht	83
Erster Teil: Bewirtschaftung in der wasserrechtlichen Planung	87

§ 5	Die Planungssystematik im Wasserrecht	87
I.	Wasserrechtliche Planung	87
1.	Wasserrechtliche Pläne	88
2.	Das System der wasserrechtlichen Pläne	90
3.	Zum Emissions- und Immissionsansatz im Wasserrecht	92
II.	Die dem Wasserhaushaltsgesetz zugrundeliegende Steuerungssystematik	95
1.	Inputsteuerung und Outputsteuerung	95
2.	Die Steuerungssystematik im Wasserrecht	97
III.	Wasserwirtschaftsplanung als Umweltplanung, neue Entwicklungen	99
§ 6	Bewirtschaftung mittels des Wasserrahmenplans, des Abwasserbeseitigungsplans und des Bewirtschaftungsplans	106
I.	Bewirtschaftung mittels des wasserwirtschaftlichen Rahmenplans (§ 36 WHG)	109
II.	Bewirtschaftung der Gewässer mittels der Abwasserbeseitigungsplanung	115
III.	Bewirtschaftungsgrad der Bewirtschaftungsplanfunktionen (§ 36b WHG)	119
§ 7	Zwischenergebnis Teil 1	127
Zweiter Teil: Bewirtschaftung in der wasserrechtlichen Einzelfallentscheidung		129
§ 8	Bewirtschaftung in der wasserrechtlichen Einzelfallentscheidung im Verlauf der Wassergesetzgebungen	130
I.	Die Rechtslage bis 1800	130
II.	Im 19. Jahrhundert	131
III.	Die Landeswassergesetze am Anfang des 20. Jahrhunderts	135
IV.	Das Wasserhaushaltsgesetz von 1957/1960	140
V.	Die Änderungsgesetze zum Wasserhaushaltsgesetz von 1976 und 1986	142
VI.	Zusammenfassung	144
§ 9	Das bewirtschaftungsspezifische Einzelfallinstrumentarium der Wasserbehörde bei der Genehmigungserteilung zur Gewässerbenutzung gemäß §§ 2 ff. WHG	145
I.	Allgemeines zum wasserrechtlichen Einzelfallinstrumentarium	145
II.	§ 6 WHG - das Wohl der Allgemeinheit. Die zu wahrende Mindest-	148

voraussetzung für jede Genehmigungsentscheidung über eine genehmigungspflichtige Gewässernutzung im Einzelfall	15
1. Die Struktur des Wohls der Allgemeinheit in § 6 WHG	150
2. Der Umfang des Allgemeinwohls in § 6 WHG	153
3. Die Rechtsfolge der § 6 WHG-Entscheidung - das Ermessen	156
III. Zur bisherigen Diskussion um die Einordnung des wasserrechtlichen Bewirtschaftungsermessens in die klassischen Institute des Verwaltungsrechts	162
IV. Ergänzungen des § 6 WHG bei der Genehmigungserteilung	164
1. Auflagen und Benutzungsbedingungen im Sinne von § 4 WHG	165
2. § 9a WHG	166
3. Die Situation bei der Zulassung von Abwassereinleitungen (§§ 7a, 18a WHG) und das Zusammenspiel mit der Abwasserabgabe	168
§ 10 Das Verhältnis Wasserbehörde-Betreiber nach der Genehmigungserteilung - die Revisionsmöglichkeiten	172
I Grundlagen	175
1. Der Grundkonflikt. Investitionsschutzfragen, Umweltschutz versus Bestandsschutz	175
2. Zum Problem der Risikoverteilung im Wasserrecht nach erfolgter Genehmigung	179
II Einzelne Auswirkungen des Grundkonflikts im Wasserrecht	182
1 Nachtraglichen Modifizierungen gemäß §§ 5 und 10 WHG	183
2 Die Besonderheit des Ausgleichsverfahrens gemäß § 18 WHG	185
3 Beim absoluten Vorrang von Allgemeinwohlinteressen Erlöschen wasserrechtlicher Gestattungen durch Widerruf	187
4. Die Rücknahme von wasserrechtlichen Genehmigungen	193
§ 11 Zwischenergebnis Teil 2	195
Dritter Teil: Die wasserrechtliche Bewirtschaftungserlaubnis - ein dogmatisch eigenständiger Ansatz zwischen Kontroll-erlaubnis und Ausnahmebewilligung	199
§ 12 Das Verbot mit Erlaubnisvorbehalt: Kontrollerlaubnis und Ausnahmebewilligung	199
I. Geschichtliche Entwicklung	200

1. Bis 1945	201
2 Seit der Geltung des Grundgesetzes	205
II Die Situation heute	207
1. Grundmuster, Funktionen, verfassungsrechtliche Anforderungen	208
2. Kritik, strukturelle Probleme und Auflösungstendenzen	213
§ 13 Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der umweltverwaltungsrechtlichen Einzelfallentscheidung und ein Blick auf neueste EG-Entwicklungen	220
I Fortentwicklungen und neue Ansätze des Instituts Verbot mit Erlaubnisvorbehalt im Rahmen von bestehenden Regelungen und Gesetzen	222
1. Jarass	223
2. Kuhling	224
3. Schmidt-Aßmann	225
4. Hartkopf/Bohne	226
5 Trute	227
6 Anmerkungen	230
II Vorschläge, die Gesetzesänderungen erfordern	233
1. Erbguth	234
2. Die Eröffnungskontrollen des Umweltgesetzbuchs-Allgemeiner und Besonderer Teil	235
3. Die Richtlinie der EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPC)	239
§ 14 Die wasserrechtliche Bewirtschaftungserlaubnis - ein dogmatisch eigenständiger Ansatz	240
I. Auseinandersetzung mit der bislang herrschenden Auffassung von dem wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren als einem repressiven Verbotsverfahren	242
1. Untersuchung der Argumente der herrschenden Auffassung	245
2. Grundsätzliche Kritik am Repressiv-Verständnis der herrschenden Auffassung	248
II. Die Kritik im einzelnen und die Begründung des neuen Ansatzes	251
1. Gegensatz der Ratio eines repressiven Verbots mit Erlaubnisvorbehalt zum Sinn und Zweck von Bewirtschaftung	252
2. Der Vorsorgegrundsatz im Wasserrecht	259
3. Bewirtschaftung im Wasserrecht	263
§ 15 Zwischenergebnis Teil 3	268

	17
Schluß	275
§ 16 Zusammenfassung in Thesen	275
Literaturverzeichnis	283